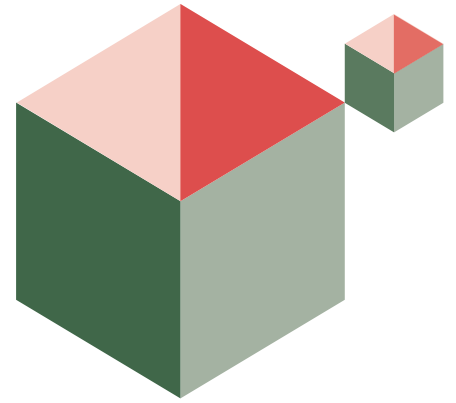


# schulbaublatt berlin

Ausgabe 02 | Januar 2023



Ein Zirkular von Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V.  
zu Politik und Finanzierung des Berliner Schulbaus

## Das Howoge-Modell abwählen!



Bereits im Juni 2018 übergab die Volksinitiative „Unsere Schulen“ über 30.000 Unterschriften an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin. Die Aktiven begrüßen Schulneubau und zügige Sanierungen. Vor der Einbindung der Howoge warnten sie jedoch dringend: „Das wird teuer und verzögert alles!“ Mit der Wiederholungswahl 2023 kann noch umgesteuert werden.  
Foto: Rolf Zöllner

Es ist Wahlkampfzeit. Und Schulbau ist eines der Hauptthemen. Die Berliner Regierungsparteien schreiben unter anderem Folgendes in ihren jeweiligen Wahlprogrammen:

*+++ die bereits begonnene Schulbauoffensive beschleunigen +++ saubere und baulich intakte Schulen sind eine Grundvoraussetzung für gutes Lernen +++ Berliner Schulbauoffensive – größtes Investitionsvorhaben des Landes +++ Schulen an erster Stelle der Investitionsprioritäten +++ durch die Schulbauoffensive werden rund 400 neue Sporthallenteile entstehen +++ Stadt fährt nicht mehr auf Verschleiß +++ Schulen für eine moderne und inklusive Pädagogik, nachhaltig, baulich intakt und barrierefrei +++*

Es fällt auf, dass eine der folgenschwersten Entscheidungen von SPD, Grünen und Linken zum Schulbau mit keinem Wort erwähnt wird: Der Einbezug der Howoge mbH in den Schulbau und die damit verbundene

Privatisierung werden verschwiegen. Weiter so? Oder stoppen? SPD, Grüne und Linke sagen nichts dazu. Und die Opposition? Auch sie misst dem Schulbau zur Wahl einen hohen Stellenwert bei:

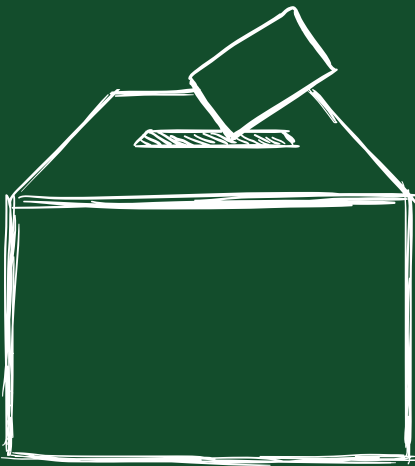
*+++ fehlenden Schulplätzen und maroden Schulen durch innovativen Schulneubau und effiziente Sanierungsmaßnahmen entgegneten +++ ein Sonderprogramm Schulsanierung auflegen +++ erleichterter und beschleunigter Schulneubau +++ befristetes Sonderbaurecht für den Schulneubau +++ Schulneubau über eine Anpassung der Landesbauordnung erleichtern +++ neue landeseigene Infrastrukturgesellschaft schaffen, die zentral alle Schulen saniert und ausbaut +++*

An einer Stelle findet sich auch eine Analyse: *+++ die Howoge ist außerstande, einen professionellen und transparenten Ausbau der Berliner Schulen zu gewährleisten +++*

► weiter auf Seite 3

# Inhalt

Das Howoge-Modell abwählen!	1 / 3
Editorial	2
Unterschriftensammlung: Jetzt aktiv werden und unterschreiben!	2
„Schule muss anders“ stellt sich vor	4
Hausmeister Pallupke: Dit is 'n anderet Thema (2)	6
Glossar	7
Mitmachen   Spenden   ... und einpacken	8



Guter Schulbau

Howoge-Schulbau

## Editorial

### Liebe Leserinnen und Leser,

manchmal überschlagen sich die Ereignisse. Ende November starteten wir mit der ersten Ausgabe unseres Zirkulars. Eigentlich sollte die nächste Nummer im Frühjahr folgen, doch die anstehende Wahl hat uns bewogen, die zweite Ausgabe vorzuziehen. Der Schwerpunkt ist damit gesetzt: unsere Forderungen, Wünsche und Erwartungen an die künftige Landesregierung.

Im Wahlkampf ist die desaströse Lage an vielen Schulen Thema: Es geht um Lehrkräftemangel, fehlende Schulplätze und um die offensichtlich maroden Gebäude, für die es viel zu viele Beispiele gibt. Die Wahlprogramme enthalten zwar Aussagen zur Berliner Schulbauoffensive (→ BSO), aber die Übertragung auf die landeseigene Howoge GmbH wird kaum zum Thema gemacht. Die Regierungsparteien beschweigen lieber das Thema – wer gibt schon gern vor der Wahl Fehler zu? Von der zwischenzeitlich von der SPD eingebrachten Idee, mit der Berlinovo eine weitere Wohnungsbau-GmbH einzubeziehen, ist glücklicherweise nicht mehr die Rede.

Dass trotz der inzwischen bekannten Probleme – gigantische Mehrkosten und massive Verzögerungen – stillschweigend an der Einbindung der Howoge festgehalten wird, wollen wir jedoch nicht hinnehmen und sammeln deshalb vor der Wahl Unterschriften. Mehr dazu unten in der Infobox.

Mit aktivierenden Grüßen  
Ihre Arbeitsgemeinschaft Schulbau\*

\* Die AG Schulbau begleitet seit 2018 als interne Arbeitsgruppe die schulbau- und bildungspolitischen Aktivitäten von GiB. Das **schulbaublatt berlin\_sb<sup>3</sup>** ist seit 2022 das Zirkular der AG. Wir freuen uns über Unterstützung! Bei Interesse an einer Mitarbeit gern melden bei: [ag-schulbau@gemeingut.org](mailto:ag-schulbau@gemeingut.org)

### Jetzt aktiv werden und unterschreiben!

Die Pläne für die Auslagerung des Schulbaus an eine Wohnungsbau-Gesellschaft haben sich als teuer, riskanter und zeitaufwendiger Irrweg herausgestellt. Die Wiederholungswahl ist eine Chance, diesen Irrweg zu verlassen, bevor er für 37 Jahre zementiert wird. Deswegen schreiben wir noch im Wahlkampf an die Parteispitzen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Linken. Fordern Sie mit uns die verbindliche Zusage:

### Howoge-Schulbau sofort stoppen!

Hier den Aufruf online unterschreiben:

<https://www.gemeingut.org/howoge-schulbau-stoppen>



**Fortsetzung von Seite 1:**

Diese Aussage legt den Finger in eine milliardenteure Wunde. Über hundert Verträge mit der Howoge, die eine Laufzeit von 37 Jahren haben sollen, stehen kurz vor der Unterschrift. Das Schweigen von SPD, Grünen und Linken zur Howoge bedeutet vermutlich: Wir wollen unterschreiben. Aber was ist mit den schon heute bekannten Mehrkosten von 1,6 Milliarden Euro, wenn man die Howoge bauen lässt? Sollen künftige Generationen nur noch Kredite bedienen? Die regierenden Parteien verlieren kein Wort darüber, dass die Howoge in sechs Jahren keinen einzigen Schulplatz geschaffen oder saniert hat. Fertigstellung nach 2030? Wieso nicht. SPD, Grüne und Linke nehmen eine ganze Schülergeneration in Kauf, die an vielen Schulen mit einem mangelhaften Lernumfeld konfrontiert ist: Wer 2016 mit Amtsantritt von Rot-Rot-Grün eingeschult wurde, hat die Schule längst wieder verlassen, wenn endlich die Sanierung abgeschlossen ist. Das gesamte Schulleben von hunderttausend Schülerinnen und Schülern wird bestimmt sein von überfüllten Klassenräumen, bröckelndem Putz, stinkenden Toiletten und allgegenwärtigem Schimmel. Kurz gesagt: Sie erfahren ihre Bildung im tristen Umfeld eines Verfalls, dem niemand Einhalt gebietet.

Aber auch all jene, die nicht mehr zur Schule gehen, werden vom Howoge-Modell massiv betroffen sein. Ging es bisher um Kostensteigerungen durch die Howoge, werden es jetzt Kostenexplosionen sein. Warum dieser Superlativ? Die Niedrigzinsphase ist zu Ende. Die Auslagerung des Schulbaus basiert vollständig auf dem Konzept, dass die Howoge sich Geld leiht, das sie dann über die Laufzeit der Verträge – sie beträgt 37 Jahre – sukzessive zurückbekommt. Das Modell nennt man auch öffentlich-private Partnerschaft (→ ÖPP); es erlaubt eine Umgehung der Schuldenbremse. Ansonsten hat es eigentlich nur Nachteile. Und einer der immanenten Nachteile wird sich nun vervielfachen: Mit dem Ende der Niedrigzinsphase steigen die Kosten für die Kredite um mindestens eine Milliarde Euro, möglicherweise auch um zwei Milliarden. Die höheren Zinskosten holt sich

die Howoge über höhere Mieten für die Schulen zurück. Das bedeutet Extrakosten aus Steuergeld, obwohl sich Berlin deutlich günstiger Geld leihen kann. Wenn zwei Milliarden Euro fehlen, können 150 Schulen mit insgesamt 100.000 Schulplätzen nicht saniert werden. Das Howoge-Modell von Rot-Rot-Grün hält keiner Wirtschaftlichkeitsprüfung stand, das ist nicht nur für schwäbische Hausfrauen offensichtlich. Der Landesrechnungshof mahnte schon in seinem Bericht 2022 hinsichtlich der landeseigenen Unternehmen, zu denen auch die Howoge zählt: „Deren wirtschaftlicher Erfolg oder Misserfolg beeinflusst die fiskalische Handlungsfähigkeit des Landes. Bei den Landesunternehmen setzte sich der Trend steigender Schuldenstände fort. Das derzeit sehr unsichere konjunkturelle Umfeld und das Risiko steigender Zinsausgaben belasten die Unternehmen zusätzlich. Daraus könnten weitere Zahlungspflichten für den Landeshaushalt entstehen. Um die Risiken für die fiskalische Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit des Landes zu reduzieren, müssen auch die Landesunternehmen ihre Schuldenstände zurückführen.“ Eine Einbindung der Howoge in den Schulbau würde genau das Gegenteil bewirken, denn die höheren Kreditkosten werden in Form von Mieten an das Land beziehungsweise die Bezirke durchgereicht.<sup>1</sup>

Die Wiederholungswahl nervt irgendwie. Schon wieder Plakate! Aber sie bietet auch neue Chancen. Berlin wählt ja nicht neu, damit alles beim Alten bleibt. Stupide Politik macht immer dasselbe, egal, was um sie herum geschieht. Kluge Politik im Sinne von uns Bürgerinnen und Bürgern reagiert auf Veränderungen wie das Ende der Niedrigzinsphase. Kluge Politik lernt auch aus Fehlern – sogar aus den eigenen! Die Pläne für die Auslagerung des Schulbaus an eine Wohnungsbaugesellschaft haben sich als teurer, riskanter und zeitaufwendiger Irrweg herausgestellt. Die Neuwahl ist eine Chance, den Irrweg zu verlassen, bevor er für 37 Jahre zementiert wird. Unterschreiben Sie unseren Aufruf an die Parteispitzen von SPD, Grünen, CDU, FDP und Linken. Fordern Sie mit uns die verbindliche Zusage: Howoge-Schulbau sofort stoppen! ■ sb3

**Jetzt aktiv werden:**

Weitere Informationen zu unserem Aufruf „Howoge-Schulbau sofort stoppen!“ finden Sie im roten Kasten auf Seite 2 dieser sb<sup>3</sup>-Ausgabe.

1 Quelle: Rechnungshof von Berlin: Jahresbericht 2022, Seite 27, <https://www.berlin.de/rechnungshof/aktuelles/veroeffentlichungen/>

# „Schule muss anders“ stellt sich vor

**Philipp Dehne ist Mitbegründer von „Schule muss anders“ und ehemaliger Lehrer. Das Interview mit ihm für sb<sup>3</sup> führte Herbert Storn.**

„Schule muss anders“  
[www.schule-muss-anders.de](http://www.schule-muss-anders.de)

**sb<sup>3</sup>** Mit der Kampagne „Schule muss anders“ wollt ihr Schüler\*innen, Eltern und Schulbeschäftigte zusammenbringen. Wie kam es dazu?

**Philipp Dehne** Schüler\*innen, Schulbeschäftigte – hier sprechen wir bisher vor allem Lehrkräfte, Erzieher\*innen und Sozialarbeiter\*innen an – und Eltern leiden gemeinsam unter der aktuellen Bildungskrise. Diese drei Statusgruppen zusammenzubringen ist eine einfache und schlagkräftige Idee, die großes Potential hat, um Bildung wirklich nachhaltig zu ändern. Mittlerweile sind auch viele Lehramtsstudierende bei uns aktiv.

Die Grundidee zu „Schule muss anders“ kam durch unsere Erfahrung, dass es so nicht weitergehen kann und dass viel zu wenigen Leuten wirklich bewusst ist, wie ungerecht und überlastet das Berliner Schulsystem ist.

**sb<sup>3</sup>** Was ist denn los im Berliner Schulsystem?

**Philipp Dehne** Als ich noch als Lehrer gearbeitet habe, hatten in meiner letzten Klasse 14 von 24 Schüler\*innen einen erhöhten Förderbedarf. Das ist zwar gegen das Schulgesetz (das sieht maximal vier vor), und die Kids sind mir auch nicht über Tische und Bänke gegangen, aber die Frage ist doch: Bekamen die Schüler\*innen die Unterstützung, die sie brauchten? Nein, sehr viele nicht. Vor allem diejenigen Schüler\*innen nicht, deren Elternhaus nicht die Möglichkeiten hat, sie zusätzlich zu unterstützen. Circa zehn Prozent der Berliner Schüler\*innen gehen ohne Abschluss von der Schule und noch mehr mit einem angekratzten Selbstbewusstsein. Lehrkräfte, Erzieher\*innen und Sozialarbeiter\*innen sind überlastet, weil ihnen Kolleg\*innen fehlen. Eltern sollen auffangen, was die Schule nicht leistet. Das ganze System Schule steht unter Stress.

**sb<sup>3</sup>** Und was fordert ihr, um Schule anders zu machen?

**Philipp Dehne** Wir haben uns zu Beginn auf vier Forderungen geeinigt. Unter anderem fordern wir eine Sofortunterstützung an Schulen durch multiprofessionelle Teams und eine Ausbildungsoffensive für Lehrkräfte, Erzieher\*innen und Sozialarbeiter\*innen. Der Personalmangel ist das derzeit größte Problem an Berliner Schulen. Über 1.000 Lehrkräfte fehlen schon jetzt. Außerdem haben wir uns für eine unabhängige Beschwerdestelle für Inklusion und Antidiskriminierung für den Schulbereich eingesetzt, denn auch hier gibt es massive Probleme.

**sb<sup>3</sup>** Wie wollt ihr eure Anliegen durchsetzen, ohne Ohnmachtsgefühle zu verstärken?

**Philipp Dehne** Wir treffen in unseren Gesprächen durchaus auf Frustration, aber auch auf berechtigte Wut. Letztens sagte eine Sozialarbeiterin: „Wir verbringen viel Zeit damit, uns über unsere Arbeitsbedingungen auszukotzen. Die Zeit können wir genauso gut nutzen, um Forderungen zu stellen und uns zu organisieren.“ Genau das ist es, was „Schule muss anders“ macht: ein Angebot zur Selbstorganisation, um so gemeinschaftlich aktiv zu werden. Je mehr Leute sich anschließen, desto größer ist der Druck, den wir entfalten können. Wir stellen klare Forderungen auf und wollen diese mit einer politischen Druckkampagne durchsetzen.

**sb<sup>3</sup>** Und seid ihr damit erfolgreich?

**Philipp Dehne** Drei unserer vier Forderungen sind im derzeitigen Berliner Koalitionsvertrag verankert, und wir haben 1,5 Millionen Euro zusätzlich für multiprofessionelle Teams und 51 Millionen Euro zusätzlich für die Ausbildung von weiteren Lehrkräften erkämpft. Das ist ein riesiger Erfolg, gerade für eine so junge Kampagne mit geringen finanziellen Mitteln.

Aber wir müssen auch klar sagen: Die Bildungskrise ist noch da, und sie verschärft sich weiter. Umso dringender ist es, dass wir weitermachen.

**sb<sup>3</sup>** Was wären für euch die nächsten Schritte? Und welche Erwartungen habt ihr an die Politik?

**Philipp Dehne** Zunächst einmal müssten zentrale politische Entscheidungsträger\*innen die Bildungskrise anerkennen. Die Regierende Bürgermeisterin Giffey und Bildungssenatorin Busse wiederholen immer, man solle nicht alles schlechtreden, und es gebe auch viel Gutes an den Schulen. Wer nicht anerkennt, dass das Berliner Schulsystem in einer tiefen Krise steckt, verspürt keinen Handlungsdruck und setzt auf ein Weiter-So mit ein paar kleinen Änderungen hier und da. Solch eine politische Verantwortungslosigkeit raubt jungen Menschen Zukunftschancen und setzt die Gesundheit der Schulbeschäftigten aufs Spiel.

Konkret geht es derzeit um die Frage, wie viele Lehrkräfte Berlin künftig ausbildet. Diese Frage wird jetzt gerade in den Verhandlungen zu den Berliner Hochschulverträgen verhandelt. Berlin müsste in den nächsten Jahren jährlich 3.000 Lehrkräfte einstellen, aber nur 900 Lehramtsabsolvent\*innen verlassen pro Jahr die Berliner Universitäten. Wir fordern, dass Berlin die benötigten 3.000 Lehrkräfte als Zielzahl festschreibt und den Universitäten zusätzliche Mittel und zusätzliches Personal zur Verfügung stellt. Außerdem fordern wir mehr Transparenz. Das Krasse ist, dass hier ein öffentliches Gut größtenteils hinter verschlossenen Türen verhandelt wird.

Unsere zweite Erwartung ist, dass Bildung endlich mehr Priorität bekommt. Vor den Wahlen ist Bildung allen wichtig. Wenn es nach den Wahlen ums Geld geht, sieht es schnell ganz anders aus. Das konnte man auch sehen, als Finanzsenator Daniel Wesener 133 von 173 geplanten Schulsanierungsmaßnahmen streichen ließ – und das, obwohl in Berlin derzeit 20.000 Schulplätze fehlen und auch äußerst marode Schulen von der Investitionsliste gestrichen wurden.

Als Drittes erwarten wir, dass die Politik sich von einem Weiter-So verabschiedet. Es wird immer noch versucht, dass auf dem Papier möglichst alle Stunden erteilt werden. Das funktioniert nicht und hat eine unsoziale Schlagseite, wenn dafür Förderangebote und Stunden zur Sprachbildung gestrichen werden. Unter diesem Weiter-So leiden bereits benachteiligte Schüler\*innen am stärksten. Ohne eine Umstrukturierung von Schule – unter anderem weniger Fachunterrichtsstunden für die Schüler\*innen, mehr andere Berufsgruppen an der Schule – wird es meiner Meinung nach in den nächsten Jahren nicht gehen.



**sb<sup>3</sup>** Und wie wollt ihr weitermachen?

**Philipp Dehne** Unsere Kampagne zu den Hochschulverträgen läuft bis Juni. Nach den Wahlen wollen wir neue Forderungen zuspitzen und noch stärker in die Bündnisarbeit gehen. Denn die Erfahrungen aus der Bildungskrise sind vergleichbar mit anderen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Daseinsvorsorge. Man denke zum Beispiel im Bereich des Gesundheitswesens an die Lage der Krankenhäuser. Die Bedeutung der Bildungskrise für gesamtgesellschaftliche Gerechtigkeitsdebatten und auch mögliche Organisierungspotentiale wollen wir stärker in den Mittelpunkt rücken. ■

Die Schule-muss-anders-Demo zieht am 26.11.2022 vor die Senatsfinanzverwaltung

Foto: Christian von Polentz/transitfoto.de

# Hausmeister Pallupke: Dit is 'n anderet Thema (2)

Also jetzt ma zu der Wahl, also der Nochma-Wahl. Haste ja nich alle Tage, dass wa nach eenem Jahr schon die Quittung präsentieren dürfen. Wobei, det war ja vorher ooch schon dieselbe Truppe, die mit ihrer „Schulbauoffensive“. Ick muss ja imma an wat Militärischet denken, wenn ick dit höre. Keene Ahnung, wat die mit ihren Kriegsbegriffen ham. Wird ja denn ooch jelenkt vonne „Task Force Schulbau“! Fehlte nur noch, dass se die Howoge als ihre „schnelle Eingreiftruppe“ bezeichnen, in ihrem „Blitzkrieg“ an der Schulbaufront. Jetzt ham wa wirklich Krieg, da sieht man mal, dass det keene tolle Sache is. Hätt'n die inne Senatsverwaltung ooch selba drauf kommen können.

Krieg is dit Schlimmste. Die janzen Toten! Und da wird ooch allet kaputtgeschossen, samt die Schulen. „Schulbauoffensive“, die ham doch 'n Knall. In Berlin wurden Schulen wirklich kaputtgemacht, und zwar nich nur im Weltkrieg! Ick hab dit am eijenen Leibe erfahren. Wie ick Hausmeesta war, Anfang der 90er, da jab's in Berlin über tausend Schulen. Mitte der 90er warn dit ooch über 400.000 Schüler hier! Aber denn kam der Nachwendeknick. Da jing et runter mit die Schülerzahlen. Fast hunderttausend weniger, in knapp zehn Jahren! Da ham die Frauen verhütet, bis se ne jute Ausbildung hatten und 'n sicheren Job. Oder jarnich oder erst mit Mitte dreißig jeheiratet. Aber denn, denn kamen die Kinder doch wieder. Die Frauen waren ja nich weg. Und von sonstwo kamen noch andere zujезogen. Dit Problem war nu aber, der Berliner Senat, der war janz fix jewesen. Det war mal 'ne richtije Offensive, die den Namen ooch verdient! Ick nenne dit jetzt ma dit Unternehmen Schulschleifung. Da hamse – haste nich jesehn – über 200 Schulen plattjemacht, ratzfat. Da hatte Berlin denn hinterher wenjer als 800 Schulen. Dit Motto war: bloß keene Sekunde lang 'ne Schule zu viel haben! Zweemal musste ick meine Schule abgeben, weil se dichtjemacht wur-

de. Bei 'nem Kollejen war's sogar viermal! Die Schulen wurden abjerissen oder für 'n Appel und 'n Ei verkooft, manche wurden Privatschulen, oder Investoren ham Wohnungen draus jemacht oder Büros.

Als dann die Kinder vor die Schultüren standen, also die Kinder von die Frauen, die denn eben doch alle Familie haben wollten, da hat der Senat jesacht: „Huch, wo kommen die denn her? Wir dachten, ihr wollt keene Kinder? Also, die Schulen, ähh, die ham wa zwischenzeitlich, ääh, die konntn wa nich für euch aufbewahren. War zu teuer, versteht doch jeder. Aber denn bauen wa fix neue. Dauert nur ... ähm, dauert?“ Und denn rufen die so nach hinten, üba die Schulter, in ihre Verwaltung rin – so stell ick ma dit vor – denn rufen die: „Wie lange dauert det in Berlin, 'ne Schule zu bauen? So lange wie 'n Flughafen? Oder jeht det schneller?“ Für Janz-schnell-Schulen-Bauen hamse dann die Howoge ranjeholt. Die hat denn in sechs Jahren gleich ma nich een Schulplatz jeschafft. Ham die sich genau abjekiekt beim BER: Nimm die Knete und mach erstmal jarnüsch, passiert dir ooch nix bei.

Aber dit Unternehmen Schulschleifung, dit war aus meiner Sicht 'n rejelrechtet Verbrechen. Intakte Jebäude weghaun! Dazu kam dit Verfallenlassen von den restlichen 800, dit war ja ooch Wahnsinn mit Methode. Und eens muss ick hier ma loswerden: Et jibt eene Partei hier in Berlin, Namen will ick jetze nich nenn'n, die war die ganze Zeit dabei inne Regierung, von Anfang an bis jetzt. Von der würde ick mir mal 'ne Entschuldigung wünschen wejen die Schulschleifung. Wäret 'n Krieg jewesen, denn müsste se Reparationen zahlen. Ach so, nee, nur wenn se den Krieg verloren hätte. Aber dit is 'n anderet Thema. ■ Paul Pallupke\*



\* Identität ist der Redaktion bekannt

## ÖPP

Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) sind langfristige Verträge zwischen der öffentlichen Hand und privaten Firmen. Sie sind eine Privatisierungsform (sogenannte funktionale Privatisierung). Im Rahmen einer ÖPP errichtet oder übernimmt der Private mit einer Projektgesellschaft auf Kredit Infrastrukturen für die öffentliche Hand und betreibt sie 15 bis 40 Jahre lang. Statt der Kommune verschuldet sich formal also der Private. Der Eigenkapitalanteil liegt meist bei kaum mehr als fünf bis zehn Prozent. Die öffentliche Hand behält weiter den Versorgungsauftrag und bezahlt die Infrastruktur über Mietzahlungen, die auch bei Schlechtleistung nicht gekürzt werden dürfen (→ Einredeverzicht). Es handelt sich bei ÖPP um kreditähnliche Rechtsverträge, das heißt, man kann damit Schattenhaushalte bilden. ÖPP finden sich in den Bereichen Energie, Transport und Wasser. Aber auch Schulen, Krankenhäuser oder Gefängnisse gibt es als ÖPP. Derartige Partnerschaften sind schon allein wegen der höheren Zinskosten wesentlich teurer als klassische öffentliche Investitionen – die Europäische Investmentbank schätzt das Rating typischer ÖPP auf BBB oder schlechter. ÖPP werden von den Rechnungshöfen seit vielen Jahren scharf kritisiert. Mit ÖPP mehrten sich für die öffentliche Hand Risiken, zum Beispiel die Insolvenz des Partners. Zudem mangelt es ÖPP an Transparenz, da die Verträge geheim sind. Für den privaten Partner ist vor allem der Auftrag für den langjährigen Betrieb lukrativ. Die hierfür geplanten Einnahmen werden in ein handelbares Finanzprodukt umgewandelt.

## ÖÖP

Die öffentlich-öffentliche Partnerschaft (ÖÖP) ist eine Unterform von → ÖPP. Mit ihr lassen sich ebenfalls Schuldenregeln umgehen. Anstelle der privaten Projektgesellschaft nimmt eine privatrechtliche Gesellschaft der öffentlichen Hand die Kredite auf. ÖÖP teilen sich mit ÖPP nahezu alle Nachteile, vor allem die hohen Kreditkosten und die Intransparenz. Allerdings werden ÖÖP als „ÖPP ohne Nachteile“ dargestellt,

indem behauptet wird, man könne die Nachteile vertraglich und gesetzlich unterbinden:

„Eine progressive ÖÖP-Praxis muss effektive Mechanismen zur Verhinderung von Privatisierungen der in ÖÖP ausgegliederten öffentlichen Vermögensbestandteile entwickeln, bei Immobilien zum Beispiel eine Kombination aus einem Veräußerungsverbot und einem Vor- bzw. Rückkaufsrecht der öffentlichen Hand. [...] Bleibt [...] noch die schwierigste Aufgabe, ein rechtssicheres Modell der Kreditaufnahme als Vorfinanzierung für Investitionen ohne Relevanz für die Schuldenbremse zu entwickeln.“<sup>1</sup>

Die immanent hohen Kreditkosten und die Intransparenz können auch durch die vorgeschlagenen Vorkehrungen nicht geheilt werden. Darüber hinaus gibt es keine bekannten Beispiele, in denen die beschriebene „progressive ÖÖP-Praxis“ umgesetzt wurde. Damit wird ÖÖP zum trojanischen Pferd: Es soll aussehen wie etwas Großes, Tolles, ist im Kern aber Privatisierung.

## Rückmiete

Ein selbst genutztes Gebäude erst zu verkaufen oder es von Dritten erstellen zu lassen und dann zurückzumieten wurde lange Zeit mit dem Anglizismus „sale and lease back“ beschrieben („verkaufe und miete zurück“). Das Modell wurde unter anderem von Karstadt für seine Kaufhäuser angewandt, führte aber zur Insolvenz. In der öffentlichen Daseinsvorsorge wurde „sale and lease back“ ab dem Jahr 2000 durch den Begriff der öffentlich-privaten Partnerschaft (→ ÖPP) ersetzt – bei weitgehend gleichbleibender Grundkonstellation.

Die künftigen Mietkosten der Berliner Bezirke für das Zurückmieten einer Schule wurden vom Landesrechnungshof im August 2020 mit 3,5 bis sieben Millionen Euro angegeben. Das würde nach Fertigstellung aller 26 von der Howoge zu erstellenden Schulneubauten jährliche Mietausgaben zwischen 90 und 180 Millionen Euro bedeuten, Tendenz steigend. Zum Vergleich: Die Berliner Bezirke gaben im Jahr 2022 für Schulneubauten rund 120 Millionen Euro aus. ■ sb3

## Glossar

In den folgenden Ausgaben vom **schulbaublatt berlin** werden wir unser Glossar fortsetzen.

Bereits erschienen in Ausgabe 01:

→ BSO

→ Howoge

→ Erbbaurecht

Demnächst folgen:

→ BIM

→ Einredeverzicht

→ Rahmenvertrag

1 Fischer/Hoff/Keller: Zukunftsinvestitionen – Plädoyer für eine aktive Infrastrukturpolitik und nachhaltige Finanzwirtschaft, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2017

# Mitmachen, sb<sup>3</sup> verbreiten und für gute Schulen kämpfen

Unsere Arbeitsgemeinschaft Schulbau ist aus dem Berliner Schultisch entstanden. Sie begleitet die Berliner Schulbauoffensive (→ BSO) seit 2016 kritisch und klärt über die Konstruktionsfehler der BSO auf. Wir treffen uns regelmäßig, planen Aktionen und erstellen unter anderem diese Zeitschrift. Wenn Sie mitmachen, einen Beitrag schreiben und mit uns für gute

Schulen kämpfen wollen, melden Sie sich bitte per E-Mail.

Helfen Sie auch mit, das **schulbaublatt berlin** zu verbreiten, geben Sie es an Interessierte weiter. Wenn Sie es abonnieren wollen (kostenlos, auch in größerer Zahl zum Weitergeben), schreiben Sie uns eine E-Mail:

[ag-schulbau@gemeingut.org](mailto:ag-schulbau@gemeingut.org)

## Unterstützen Sie unsere Initiative mit Ihrer Spende!

Die Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft Schulbau und nicht zuletzt unser **schulbaublatt berlin** sind auf die Unterstützung vieler Spenderinnen und Spender angewiesen. Seien Sie dabei, unterstützen Sie uns mit einer Spende!

Sie können schnell, sicher und bequem online spenden:

[www.gemeingut.org/spenden](http://www.gemeingut.org/spenden)

Sie können Ihre Spende aber auch direkt auf unser Konto überweisen:

Kontoinhaber:

Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e. V.

Bankverbindung: GLS Bank

IBAN: DE20 4306 0967 1124 2291 00

BIC: GENODEM1GLS



### Impressum

Das **schulbaublatt berlin** erscheint dreimal jährlich und informiert über die Vorgänge und Entwicklungen in und um die Berliner Schulbauoffensive (BSO). Wir schreiben für Schülerinnen, Eltern, LehrerInnen, Bau-Beschäftigte, GewerkschafterInnen sowie deren Organisationen (SVs, BEAs, LEAs, Architekten- und Baukammer, FAG Bau, GEW, ver.di und andere).

Herausgeber:  
Arbeitsgemeinschaft Schulbau  
c/o Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e. V.  
Weidenweg 37  
10249 Berlin  
Telefon: +49 (0)30 86313035  
[ag-schulbau@gemeingut.org](mailto:ag-schulbau@gemeingut.org)  
<https://www.gemeingut.org>

V.i.S.d.P.: Carl Waßmuth  
Redaktion:  
Siegrun Bofinger, Karl-Heinz Ludewig, Herbert Storn, Carl Waßmuth  
Lektorat: Katrin Kusche, <http://wortformer.de/>  
Layout: Sabine Klopffleisch  
Foto Seite 6: iStock/Floortje  
Auflage: 250 Exemplare  
Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 23.01.2023

© Copyright 2023 by Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e. V. Kein Teil der Publikation darf ohne vorherige schriftliche Genehmigung von GiB e. V. in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

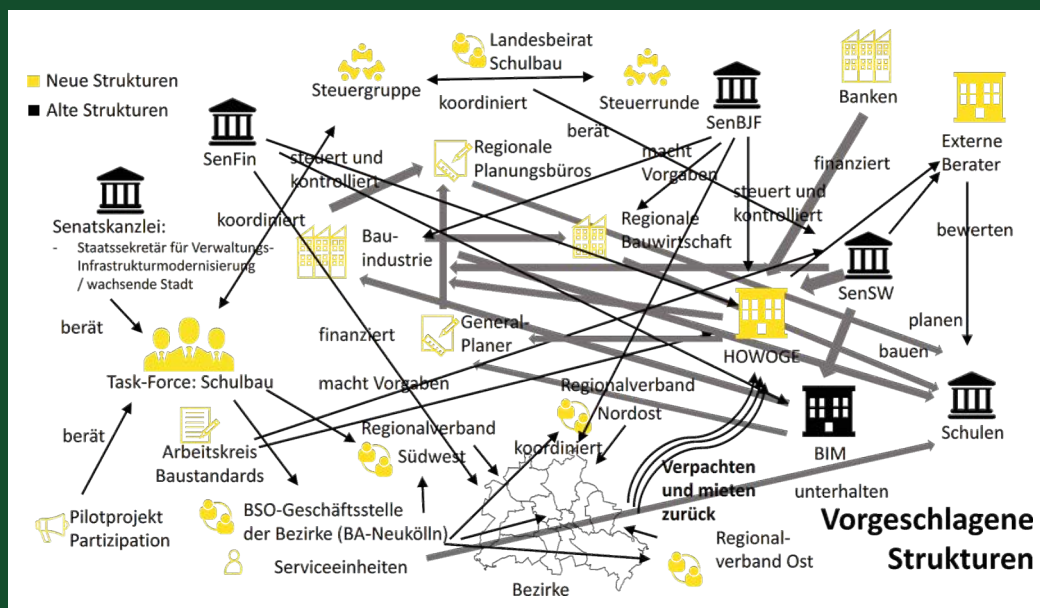
Unterstützt von vielen SpenderInnen und von der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt

STIFTUNG   
**MENSCHENWÜRD  
UND ARBEITSWELT**

Zum Download dieser Ausgabe:



...und einpacken:



Geplante Strukturen der Berliner Schulbauoffensive. Aus der schriftlichen Stellungnahme zur Anhörung der Volksinitiative „Unsere Schulen“ im Abgeordnetenhaus von Berlin, November 2018